

Wir wenden uns an alle Beschäftigten des LVR, an die SPD-Mandatsträger und Bürger

Wir wenden uns an alle die, die 1999 die Landschaftsverbände in NRW gegen die Auflösung verteidigt haben:

Nein zur Privatisierung der Rheinischen Kliniken!

Die Fraktionen der sog. „Gestaltungsmehrheit“ von SPD, Grünen und der FDP in der Landschaftsversammlung Rheinland haben beantragt, dass mit einem Gutachten die Rechtsform der Rheinischen Kliniken, der psychiatrischen Fachkliniken des Landschaftsverbandes Rheinland überprüft wird.

Kann irgendjemand daran Zweifel haben, worin dieses Gutachten münden wird? In eine Empfehlung, dem „Wettbewerbsdruck“ zu folgen, die Rechtsform der Rheinischen Kliniken zu ändern und damit den Weg der Privatisierung einzuschlagen!

Was der „Wettbewerb“ anrichtet, haben wir in den letzten Jahren schon zu genüge erlebt:

Heute bleiben die Patienten kaum mehr 26 Tage im Durchschnitt in der Klinik gegenüber 41 Tagen im Jahre 1995: Innerhalb von zehn Jahren wurde die Verweildauer brutal um fast die Hälfte gekürzt! Die Zahl der behandelten Patienten ist um 47% gestiegen. Eine erhöhte Wiederaufnahmerate ist erkennbar, was die Patienten besonders belastet.

Stellen in der Pflege, bei den Ärzten, den Psychologen, Sozialarbeitern, Ergotherapeuten, den Arbeitern wurden abgebaut: Im Jahre 1995 betrug die Zahl der Beschäftigten noch 7365 - im Jahre 2003 nur noch 6970. Ein Arzt, der zwei Stationen versorgt! Eine Nachtschwester, die die PatientInnen zweier Stationen verwahrt! Die Psychiatrie-Personalverordnung ist nur zu ca. 70% erfüllt. Das ist heute Realität!

Durch das GKV-Modernisierungsgesetz haben die Rheinischen Kliniken allein 2,7 Mio. Euro im vergangenen Jahr verloren. Gleichzeitig gab es nur eine maximale Budgetsteigerung von 0,38%. Nicht einmal genug, um die tatsächlichen Lohnkostensteigerungen von 2% und Mehrkosten für die Zusatzversorgungskasse zu bezahlen!

Die Änderung der Rechtsform der Rheinischen Kliniken öffnet den Weg zur Flucht aus der tariflichen Bindung und in die endgültige Privatisierung: Ist aber die Zerschlagung der kommunalen Daseinsvorsorge nicht die logische Folge und vielleicht auch das Ziel einer solchen Politik?

Der Landschaftsverband Rheinland (LVR) als Träger der Rheinischen Kliniken ist ein Kommunalverband der Städte und Gemeinden aus dem rheinischen Teil Nordrhein-Westfalens. Er nimmt gemeinschaftlich kommunale Aufgaben wahr, die von einzelnen Kommunen alleine nicht getragen werden können. Er wird geleitet von der Landschaftsversammlung, dem Parlament der Vertreter der Kommunen im Rheinland.

Der Landschaftsverband ist die Basis dafür, dass alle Bürger in allen Teilen unseres Landes gleich gut mit öffentlichen Sozial- und Gesundheitsdiensten versorgt werden, egal ob sie in „reichen“ oder „armen“, kleinen oder großen Kommunen leben.

1999 haben die Beschäftigten genau aus diesem Grund die Landschaftsverbände in NRW zusammen mit sozialdemokratischen Mandatsträgern, dem SPD-Landesdirektor Ferdi Esser, der Gewerkschaft ÖTV und zusammen mit den Bürgern gegen die Absicht der damaligen Landesregierung Clement verteidigt, die Landschaftsverbände aufzulösen! In diesem Kampf konnte erreicht werden, dass der LVR erhalten blieb, allerdings wurden der Straßenbau und Teile des Landes-

sozialamtes herausgebrochen und dadurch die Zahl der Beschäftigten von 16 500 um ca. 4000 verringert.

Heute will der CDU-Landesdirektor Molsberger den Landschaftsverband zu einer Speerspitze der „Verwaltungsreform“ machen. Er will aus dem Landschaftsverband einen „wettbewerbsfähigen Dienstleister“ für die Kommunen machen, anstatt einen kommunalen Öffentlichen Dienst in den Kommunen für die Bürger zu gewährleisten. Das entspricht dem Konzept der „Dienste Allgemeinen Interesses“ der EU. Sie sollen den Öffentlichen Dienst ersetzen und werden an die jeweils „wettbewerbsfähigsten“ Anbieter vergeben. Gleichzeitig untersagt das EU-Wettbewerbsrecht die Finanzierung von „Defiziten“ kommunaler Kliniken aus den kommunalen Haushalten. Das ist der sichere Weg, den Öffentlichen Dienst an private Investoren und Konzerne auszuliefern. Diesem Konzept entsprechend beteiligt sich der Landschaftsverband heute bereits an Krankenhäusern in privater Trägerschaft, der Tagesklinik Alteburger Straße in Köln.

Diese Anteilseignerschaft wird zum Hebel für die Senkung der Standards und den Stellen- und Bettenabbau in den eigenen Kliniken. Diese Klinik in privater Trägerschaft übernimmt einen Teil des bisherigen Versorgungsgebietes der Rheinischen Kliniken, die dann entsprechend Betten und Personal abbauen müssen. Die TK Alteburger Straße hat 10% weniger Personalkostenanteil, weil der Personalabbau und Auslagerung z.B. der Speiserversorgung dort noch weiter fortgeschritten als in den kommunalen Krankenhäusern. Welche Folgen das für unsere Patienten hat, ist bei genauerer Betrachtung bereits jetzt offensichtlich.

Haben wir, Beschäftigte, Bürger, Gewerkschafter und Sozialdemokraten, 1999 dafür gekämpft?

Wir haben kein Verständnis dafür, dass die SPD-Fraktionsführung mit dem Antrag auf Überprüfung der Rechtsform der CDU und der FDP im Landschaftsverband die Gelegenheit gibt, die Privatisierung der Rheinischen Kliniken voranzutreiben.

Damit würde der jahrzehntelange Kampf von Angehörigen, Medizinern, Pflegekräften und Bürgern zunichte gemacht, die psychiatrische Krankenhausversorgung aus dem Dunkel der „Irrenhäuser“, Heime, und Anstalten herauszureißen und ihr einen Platz in einem öffentlichen, von den demokratisch gewählten Mandatsträgern kontrollierten Krankenhauswesen zu geben.

Kann es sein, dass es an der Schwelle des 21. Jahrhunderts in Deutschland keine öffentliche Psychiatrie mehr geben soll? Kann es sein, dass die Behandlung der Schwächsten dieser Gesellschaft keinem anderem Gesetz mehr unterliegen soll als dem der Wirtschaftlichkeit und des Profits? Was wird aus den Idealen der Sozialpsychiatrie und der Psychiatrie-Enquete?

CDU-Landesdirektor Molsberger handelt im Einklang mit dem Regierungsprogramm von Rüttgers. Er handelt im Einklang mit den politischen Zielen von Angela Merkel.

Deshalb wenden wir uns an die SPD-Mandatsträgerinnen und -Mandatsträger:

Mit der CDU und der FDP zusammen wird es keinen Erhalt der öffentlichen psychiatrischen Versorgung geben. Die SPD kann nicht ihre Aufgabe und Zukunft darin sehen, zum Erfüllungsgehilfen einer Politik der Privatisierung und der Zerschlagung der öffentlichen Krankenhausversorgung unter einer Großen Koalition mit Merkel als Kanzlerin zu werden. Die große Mehrheit der Bevölkerung lehnt den Marsch in die Privatisierung des Öffentlichen Dienstes und die Zerschlagung des Sozialstaats ab.

Es gibt einen anderen Ausweg: Die SPD-Fraktion in der Landschaftsversammlung muss zusammen mit den Mandatsträgern der Linkspartei ihre Verantwortung vor ihren Wählerinnen und Wählern, vor den Bürgern und Arbeitnehmern wahrnehmen und für den Erhalt der Rheinischen Kliniken als Eigenbetriebe, gegen die Privatisierung stimmen. Das ist auch ein Signal für den Kampf um eine Regierung, die mit der Politik der großen Koalition bricht und zum Sozialstaat zurückkehrt:

Unterschriftensammlung:

Wir wenden uns an die Mandatsträgerinnen und Mandatsträger von SPD und Linkspartei in der Landschaftsversammlung, dass sie entscheiden:

- **Erhalt** der Rheinischen Kliniken als **Teil** des Landschaftsverbands Rheinland!
- Die **demokratisch** gewählten Mandatsträger der Landschaftsversammlung müssen weiter über den Haushalt des LVR und der Rheinischen Kliniken entsprechend ihrem Auftrag von den Bürgern in den Kommunen entscheiden können!
- Die **Sicherstellung** der Finanzierung der psychiatrischen Krankenhäuser durch den Haushalt des LVR darf nicht durch das **EU-Wettbewerbsrecht** außer Kraft gesetzt werden.
- **Stopp der Krankenhausprivatisierung, des Stellen- und Bettenabbaus!**

um das Recht der Kommunen auf eine eigene Krankenhausversorgung im Dienste der Bürger und nicht im Dienste des Profits zu verteidigen und die Rückkehr zu einem einheitlichen Flächentarifvertrag, zum BAT, BMT-G zu ermöglichen.

Name	Adresse oder Dienststelle	ggf. Funtin in Gewerkschaft/SPD ...	Unterschrift	Ich bin mit der Veröffentlichung meines Namens einverstanden

Erstunterzeichner (u.a.): Eva Gürster (SPD und ver.di-Personalrätin RK-Köln), Kerstin Bunz (ver.di-Vertrauensleutesprecherin, ver.di-Personalrätin RK-Köln), Sylvia Mönnich (ver.di-Vertrauensfrau RK-Köln), Ingo Röser (ver.di-Personalrat RK-Düren), Chris Auffarth (Ärztin, RK-Bonn), Uwe Trieschmann (ver.di, Arzt), Justine Hauptmann (SPD, ver.di, Mitglied im Kreistag Euskirchen), Hans Peter Keul (SPD, ver.di-Vertrauensleutesprecher Landesbetrieb Straßenbau NRW), Hans-Jürgen Mees (ver.di, MAV), Hermann Ensel (SPD, ver.di-Personalrat Studentenwerk), Uli Kissels (SPD, ehem. MdR Bedburg), Margret Rose (SPD), Karl C. Fischer (SPD), Paul Paternoga (SPD/AfA-UB-Vorsitzender Siegburg), Henning Frey (SPD), Dietmar Skowasch (ver.di-Sekretär), Luise Upsing (ver.di, Vors. Fachbereich 03), Gertrud Degani (ver.di Personalrätin Uniklinik Köln), N. Ebeling (Vertrauensfrau Uniklinik Köln), A. Senthe (SPD/ver.di, Köln), Utsch (Uniklinik Köln, ver.di Vertrauensfrau, SPD), Michael Anheier (Personalratsvorsitzender Uniklinik Köln), Gabriele Feld-Fritz (ver.di Sekretärin), Landwehr (ver.di VF, Uniklinik Düsseldorf), Zeynep Derecicek (Stllv. PR-Vorsitzende Uniklinik Düsseldorf), Dieter Zentek (ver.di Vorsitzender Fachbereich 06, Düsseldorf), Notholt (ver.di Vertrauensfrau Uniklinik Düsseldorf), Karsten (ver.di Vertrauensfrau, Uniklinik Düsseldorf), Jürgen Dahmen (Mitgl. ver.di-FB-Vorstand 03, Düsseldorf), Harald Rohder (ver.di PR-Mitglied, RK Köln), Daniela Volkmann (Ersatz PR-Mitglied, RK Köln), Barbara Schiefer (ver.di Vertrauensfrau, RK Köln), Bürgit Büch (ver.di Vertrauensfrau, RK Köln), Heinz Wattler (ver.di PR-Vorsitzender, RK Düren), Günter Dick (ver.di/Sbv, RK Düren), Dirk Windelschmidt (RK Düren), Rudolf Klein (ver.di, RK Düren), Volker Rust (Komba, RK Düren), Monika Förster (PR-Mitglied, RK-Düren), Karin Brandenburg (Vertrauensfrau, RK-Düren), Norbert Maria Weyres (ver.di/SPD, Düren), Kilian (PR-Mitglied, SPD-Mandatsträger, RK Düren), Hannelise Feldkamp (ver.di-Sekretärin), Anke Kropp (Mitgl. ver.di-Bezirksvorstand, Köln), Axel Wagner (Mitgl. ver.di Bezirksvorstand, Köln), Marianne Ley (Mitgl. ver.di-Beirksvorstand, Köln) Annelie Appelmann (Mitgl. ver.di-Bezirksvorstand, Köln), Karl Cremer (Mitgl. ver.di Bezirksvorstand, Köln), Markus Frings (ver.di- Sekretär, Köln), Ellen Engstfeld (ver.di-Vertrauensfrau, SPD), Hanspach (SPD), Barbara Kraft (SPD), Martin Wöhler (SPD), Adams (ver.di-Vertrauensfrau), Marlies Hoffmann (ver.di-Vertrauensfrau) – Angaben in Klammern zur Information.

V. i. S. d. P.: Henning Frey, Gleueler Str. 67, 50931 Köln